

Kantonsrat des Kantons Zug
Stefan Moos
Kantonsratspräsident
Regierungsgebäude
Seestrasse 2
6300 Zug

Zug, 28. Juli 2026

Postulat: Kantonale Strategie gegen Gewalt an Frauen

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine kantonale Strategie zur Prävention von Gewalt gegen Frauen zu erarbeiten. Die Strategie soll insbesondere folgende Elemente umfassen:

1. Strategie und Bestandesaufnahme

Erarbeitung einer kantonalen Strategie mit klaren Zielsetzungen, Zuständigkeiten und Prioritäten, auf Basis einer Bestandesaufnahme der bestehenden Massnahme. Die Strategie soll zudem aufzeigen, wie die Entwicklung von geschlechterspezifischer Gewalt sowie die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen künftig regelmässig überprüft und evaluiert werden können.

2. Prävention und Sensibilisierung

Die Erarbeitung von Massnahmen zur Stärkung der Prävention, der Früherkennung und der Sensibilisierung der Bevölkerung sowie von Fachpersonen, um geschlechterspezifischer Gewalt möglichst früh zu erkennen und zu verhindern.

3. Zusammenarbeit und Koordination

Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen Polizei, Justiz, Opferhilfe, Gesundheitswesen, Bildungsinstitutionen, Gemeinden und weiteren zuständigen Stellen, um Prävention, Opferschutz und Intervention weiter zu stärken.

Begründung

Die jüngst bekannt gewordenen Vorwürfe im Fall Untersiggenthal AG haben schweizweit grosse Bestürzung ausgelöst. Einem ehemaligen Aargauer Grossrat werden schwerste sexualisierte Gewalttaten gegen mehrere Frauen und ein zum Tatzeitpunkt minderjähriges Mädchen vorgeworfen. Die Anklage umfasst unter anderem qualifizierte Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und mehrfachen versuchten Mord. Über Schuld und strafrechtliche Verantwortung wird das zuständige Gericht entscheiden.

Der Fall zeigt in erschütternder Weise, welche Dimension geschlechterspezifische annehmen kann. Er wirft gleichzeitig die grundsätzliche Frage auf, wie Warnsignale früher erkannt, gefährdete Personen besser erreicht und schwere Gewalttaten möglichst verhindert werden können. Unabhängig vom Ausgang des Strafverfahrens unterstreicht der Fall die Bedeutung einer wirksamen Prävention, einer guten Früherkennung sowie einer engen Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen.

Auch die schweizweite Entwicklung ist alarmierend. Gemäss den Erhebungen zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden im Jahr 2025 in der Schweiz mindestens 27 Frauen und Mädchen Opfer eines Femizids, so viele wie noch nie seit Beginn dieser

Erhebungen. Bis Anfang Juli 2026 wurden bereits mindestens 17 weitere Femizide sowie mindestens ein versuchter Femizid dokumentiert. Darüber hinaus registrierte die Polizei im Jahr 2025 schweizweit über 22'000 Straftaten im häuslichen Bereich. Diese Entwicklung macht deutlich, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt keine Einzelfälle sind, sondern eine dauerhafte gesellschaftliche Herausforderung darstellen.

Der Kanton Zug verfügt bereits über gewisse Angebote in diesem Bereich. Diese leisten wichtige Arbeit. Bislang fehlt jedoch eine übergeordnete kantonale Strategie, welche die bestehenden Aktivitäten bündelt, gemeinsame Ziele definiert, Zuständigkeiten koordiniert, Entwicklungen regelmässig überprüft und daraus konkrete Handlungsschwerpunkte ableitet. Eine solche Strategie soll keine neuen Verwaltungsstrukturen schaffen oder bestehende Angebote infrage stellen. Vielmehr soll sie die bestehenden Massnahmen systematisch zusammenführen, Synergien nutzen und allfällige Lücken identifizieren. Besonderes Gewicht soll dabei auf Prävention, Sensibilisierung und Früherkennung gelegt werden. Gewalt entwickelt sich häufig über längere Zeit und kündigt sich nicht selten durch Warnsignale wie Kontrolle, Drohungen, Stalking oder frühere Übergriffe an. Umso wichtiger ist es, dass Betroffene, Angehörige sowie Fachpersonen diese Signale erkennen und wissen, wo sie Unterstützung erhalten.

Andreas Lustenberger und Julia Küng im Namen der Fraktion Alternative – die Grünen